An:

Gemeinde Litschau z. H. Bürgermeister Rainer Hirschmann z.H. Gemeinderat Stadtplatz 1 3874 Litschau



ÖkoSoziale Initiative

Parteiunabhängiger Gemeindevertreterverband

Christian Oberlechner Obmann ÖkoSoziale Initiaitive

E-Mail: christian_oberlechner@hotmail.com

Tel: 0664 514 82 02

Gmünd, 22.10.2025

Stellungnahme und Auskunftsbegehren nach dem IFG betreffend ÄP 1: KG Litschau und Hörmanns - Widmung von Grünland-Campingplatz, Grünland-Grüngürtel-Waldabstand und Verkehrsfläche-privat

Stellungnahme

Stellvertretend für die Bürgerlisten der ÖkoSozialen Initiative (ÖSI) im Bezirk Gmünd ergeht folgende Stellungnahme an den Gemeinderat der Gemeinde Litschau und in Person an den Herrn Bürgermeister Rainer Hirschmann:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrter Gemeinderat!

Die geplante Umwidmung von rund 3 ha Grünland, das in einem der schönsten Naturgebiete des Waldviertels direkt am Ufer des Herrensees liegt, in einen Campingplatz würde einen ersten Schritt hin zu einer großen ökologischen, kulturellen und gesellschaftlichen Veränderung in Litschau und Umgebung bedeuten.

Die bisher bekannt gewordenen Ideen sind wenig aussagekräftig. Die vage Projektbeschreibung und fehlende Transparenz bei der Projekterstellung lassen viel Interpretationsspielraum offen und führen in der Bevölkerung zu Verunsicherung und Spekulationen.

Die Ideen, die bisher bekannt geworden sind, verursachen einerseits den Wunsch nach vertiefenden Ausführungen und bieten andererseits auch Anlass zur Kritik. Mit 136 Stellplätzen den größten Campingplatz Niederösterreichs am Herrensee zu errichten, birgt die Frage, auf Grundlage welcher Gutachten bzw. Studien und von wem dieses Ausmaß des Campingplatzes festgelegt wurde. Der geplante schwimmende Übergang vom Campingplatz zum Badestrand teilt den Herrensee in 2 Hälften und würde die bisherigen Möglichkeiten des Bootbetriebes einschränken. Eine private Zufahrtsstraße, die entsprechend den transportierten Wohnmobilen bzw. Wohnwägen breit und fest gebaut werden muss, passt in dieser Dimension nicht in das bisherigen Landschaftsbild. Es muss für die Freihaltung von Campingfläche und Zufahrt Wald gerodet werden, ohne einen ökologischen Nutzen zu erwirken. Der touristische und wirtschaftliche Nutzen eines Campingplatzes wie geplant für die Gemeinde Litschau und die Region bleibt ohne Vorliegen einer Machbarkeitsstudie bzw. eines Finanzkonzepts fraglich und spekulativ.

Aus Sicht der ÖkoSozialen Initiative ist es problematisch, dass ein rechtlich bindender Schritt wie eine Umwidmung passiert, bevor es unter **Partizipation der Bevölkerung** konkrete, geprüfte und nachvollziehbare Planungen gibt, die alle Umweltauflagen, ökonomischen, ökologischen und vor allem auch gesellschaftlichen Auswirkungen eines solchen Projektes miteinbeziehen. Ein möglicher Campingplatz muss vor allem einen Nutzen für die Region, die Menschen, die in ihr leben und die Gemeinde haben.

Die Aussage von Herrn Bürgermeister Hirschmann (aus dem Medien entnommen), er wisse nichts von einem konkreten Projekt, unterstreicht diese Argumentation: Eine Umwidmung von 3 ha schönsten Naturraumes in einen Campingplatz bevor ein konkretes Projekt am Tisch liegt und die Bevölkerung in die Planung mit einbezogen worden ist, ist aus Sicht der ÖkoSoziale Initiative politisch eine problematische Herangehensweise.

Aufgrund all der ungeklärten und problematischen Themenfelder und des in der Bevölkerung herrschenden Widerstandes rund um dieses umstrittene Projekt empfehlen wir, dass die Umwidmung wie oben beschrieben von der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung am 27.10.2025 gestrichen wird und stattdessen vor einer endgültigen Entscheidung über eine Umwidmung ein Bürgerbeteiligungsprozess in Form eines Bürgerrates in Gang gesetzt wird, wie es schon einige im Waldviertel gegeben hat (es findet z.B. gerade einer in der Gemeinde Waldenstein statt).

Ein Projekt, das so langfristige und weitreichende Veränderungen für alle Bürger:innen in Litschau und der Region bringen wird, muss im Einklang und gemeinsam mit der Bevölkerung geplant und umgesetzt werden. Dann gibt es auch die Chance, dass ein solches Projekt die Bevölkerung nicht spaltet, sondern die Gemeinde lebenswerter macht.

Auskunftsbegehren

Hiermit beantrage ich gemäß § 7ff IFG die Erteilung folgender Informationen:

- 1. Ich bitte um Übermittlung der Unterlagen aus denen hervorgeht in welcher Weise die Bevölkerung der Gemeinde Litschau in die Planung und Ausrichtung sowie Umsetzung des Projektes miteinbezogen wurden.
- 2. Ich bitte um Übermittlung aller Planungsunterlagen, Gutachten und Genehmigungen zu dem Projekt und der geplanten Umwidmung wie oben beschrieben. Dazu gehören alle mit dem Projekt in Zusammenhang stehenden Planungen, Vorplanungen, Gesprächsprotokolle mit dem/der Eigentümer:in, Projektbetreiber:in und/oder privaten Investor:innen sowie Gemeinderatssitzungsprotokolle, Gemeindevorstandsprotokolle.
- 3. Ich bitte um Übermittlung des Umweltberichtes in vollständiger und geschlossener Form, aus welchem ab Seite E-34-ff. des Entwurfs zur 7. Änderung des Örtlichen Raumordnungsprogramms 2018 zitiert wird.

- 4. Ich bitte um Übermittlung der Unterlagen aus denen hervorgeht wer, wann und auf welchen fachlichen bzw. planerischen Grundlagen die "Standortvoraussetzungen" Seite E 26 f. des Entwurfs zur 7. Änderung des Örtlichen Raumordnungsprogramms 2018 definiert hat.
- 5. Ich bitte um Übermittlung der Unterlagen aus denen hervorgeht, von wem und auf welchen fachlichen bzw. planerischen Grundlagen die drei Varianten, die in die Variantenuntersuchung ab S 27 ff. des Entwurfs zur 7. Änderung des Örtlichen Raumordnungsprogramms 2018 aufgenommen wurden, ausgewählt wurden.
- 6. Ich bitte um Übermittlung der Unterlagen, aus denen die Begründung hervorgeht, warum genau 136 Stellplätze für diese Projekt geplant werden.
- 7. Ich bitte um Übermittlung der Vergleichsstudien bzw. Gutachten, die herangezogen bzw. eingeholt wurden, um zu überprüfen, inwieweit dieses Projekt wirtschaftlich und touristisch für die Gemeinde zielführend ist.
- 8. Ich bitte um Übermittlung aller Unterlagen aus denen hervorgeht, inwieweit Umweltauflagen wie Lärm, Abwasser, Bodenversiegelung, Artenschutz, Wasserschutz in dem geplanten Projekt berücksichtigt werden.
- 9. Ich bitte um die Übermittlung der Unterlagen, aus denen hervorgeht welche Kriterien für den sicheren Betrieb einer wie auf S 52 des Entwurfs zur 7. Änderung des Örtlichen Raumordnungsprogramms 2018 geplanten Brücke heranzuziehen sind bzw. wer für den sicheren Betrieb z.B. bei Starkwindereignissen verantwortlich bzw. haftbar ist.
- 10. Ich bitte um Übermittlung der Unterlagen aus denen hervorgeht welche Sicherheitsmaßnahmen in Bezug auf Brandschutz siehe _ S 55 ff. des Entwurfs zur 7. Änderung des Örtlichen Raumordnungsprogramms 2018 wonach "das gesamte Campingplatzareal als "Gefährdungsbereich" im Sinne der Waldbrandverordnung anzusehen ist", wann, nach welchen auslösenden Faktoren und durch wen getroffen werden müssen und wie die Sicherung der Wasserqualität des Herrensees vor Einflüssen durch den geplanten Campingplatz geplant ist.
- 11. Ich bitte um Übermittlung der Unterlagen aus denen hervorgeht welche Förderung für dieses Projekt schon beantragt wurden, welche bewilligt wurden und in welcher Höhe.
- 12. Ich bitte um Übermittlung der Unterlagen aus denen hervorgeht, welche Verträge und Vereinbarungen es zwischen Gemeinde auf der einen Seite und Eigentümer:in, privaten Investor:innen und Projektbetreiber:innen auf der anderen Seite in Bezug auf das geplante Projekt und die Umwidmung schon gibt.
- 13. Ich bitte um Übermittlung aller Unterlagen aus denen hervorgeht, welche Pachtverhältnisse zwischen Gemeinde und Grundstückeigentümer:in vorliegen.

| 14. | Ich bitte um Übermittlung der Unterlagen aus denen hervorgeht, ob ein Zusammenhang |
|-----|--|
| | zwischen den Pachtverträgen zwischen Gemeinden und Grundstückeigentümer:in und |
| | dem Campingplatzprojekt besteht. |

Ich bitte um Bestätigung des Erhaltes dieser Anfrage. Für den Fall einer Informationsverweigerung beantrage ich hiermit einen Bescheid gemäß § 11 IFG.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Oberlechner

Obmann Ökosoziale Initiative